

## Erstes 'Europa Forum' in Berlin

# Zwei Europas, ein Problem

## Wie den Osten integrieren, ohne den Westen zu reformieren?

Von Josef Joffe

Berlin, im November - Wo sonst über das ganze Europa reden, wenn nicht in Berlin, im Kronprinzenpalais, wo 1990 der Einigungsvertrag zwischen Deutschland Ost und West unterzeichnet wurde. Zusammen mit der Financial Times hatte die Herbert-Quandt-Stiftung Regierungschefs, Minister und Professoren zum ersten 'Europa Forum' versammelt.

Die Debatte ist komplizierter geworden, und deshalb soll sie jährlich wiederholt werden. Früher hieß 'Europa' Westeuropa; heute reicht die Tagesordnung bis nach Rußland. Jahrzehntlang hat man auf derlei Foren über Sicherheit für den Westen und gegen den Osten geplaudert; heute lauten die drei Schicksalsfragen Wirtschaft, Wirtschaft und Wirtschaft. Da fragt der ungarische Premier zu Recht, warum die Türen zur EU verschlossen blieben, während man bei der Süd-Erweiterung Länder aufgenommen habe, die einen größeren Entwicklungsrückstand zur Kern-EG aufwiesen als heute etwa Ungarn oder Tschechien. Immerhin gestand EU-Kommissionschef Santer indirekt zu, daß das absurde Agrar-Programm der EU, die größte Hürde gegen die Osterweiterung, reformbedürftig sei: 'Die jetzigen Interventionspreise liegen deutlich über den Preisen in Mitteleuropa. Es kann nicht unser Ziel sein, diese Preise einfach zu übertragen.' Anders ausgedrückt: Westeuropa muß sich selbst reformieren, um den Reformkurs der Anwärter zu einem guten Ende zu bringen.

'Die Öffnung', so der Vize-Premier der Ukraine, 'ist viel wichtiger als Finanzhilfe.' Wie können wir Auslandsinvestoren anlocken, wenn die mit ihren künftigen Exportprodukten auf hohe Handelsbarrieren im Westen stoßen? Ohne den Nachbar im Osten zu nennen, fügte er hinzu: 'Wirtschaftshilfe landet doch bloß auf den (ausländischen) Banken.'

Immer wieder betonten die Osteuropäer, daß sie nicht mit Rußland in einen Topf geworfen werden dürften. Warum funktioniert die Reform in Polen oder Slowenien, aber nicht in Rußland? Weil, so die frühere polnische Regierungschefin Suchocka, ihr Land auf Schocktherapie gesetzt hätte und zugleich auf eine parlamentarisch-marktwirtschaftliche Tradition zurückgreifen konnte, die es in Rußland nie gab.

Da gab ihr Grigory Jawlinski, Chef der Jabloko-Partei in der Duma, sogar recht. 'Die Wirtschaft in Osteuropa wurde durch den zentralen Plan bloß beschädigt; bei uns hat der Plan die Wirtschaft überhaupt erst geschaffen: ohne Gesetze, ohne öffentliche Kontrolle, mit einem Aufsichtsrat, dem Politbüro, das aus Kriminellen bestand.' Die Finanzhilfe aus dem Westen reformiere nicht das System, sondern stütze die alte Nomenklatura und finanziere den Krieg im Kaukasus. 'Will der westliche Steuerzahler das bezahlen?'

Das Grundübel, so der Harvard-Professor Jeffrey Sachs, sei ein 'teurer Wohlfahrtsstaat, der privates Sparen hemmt und hohe Defizite zeugt'. Er meinte die neuen Demokratien, aber just dies trifft auch auf die (noch) reichen Westeuropäer zu. So betonte ein englischer Zentralbanker, daß zwar EU und USA vergleichbare Wachstumsraten aufwiesen, die EU aber unter fast doppelt so hoher Arbeitslosigkeit leide. Folglich: Auch - und gerade Westeuropa - müsse sich reformieren: weniger Staat, weniger Lohnnebenkosten und das Wiedererlernen von 'selbständiger Tätigkeit', wie Eberhardt von Kuenheim (BMW) hinzufügte.

Zwei Europas, ähnliche Probleme: Grund genug, nicht übereinander, sondern miteinander zu reden. Das 'Europa Forum' 1996, 1997 . . . muß Themenschwund nicht befürchten.